

Förderprogramm „Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe“

1. Zielsetzung/Präambel

Durch den Einsatz vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer in den ersten Monaten vor dem Entscheid über den Asylantrag oder im Rahmen von Integrationsmaßnahmen vor Ort nach positivem Entscheid wird eine wirksame Unterstützung der Flüchtlinge erst möglich. Ehrenamtliche können, sollen und wollen hauptamtliche Strukturen nicht ersetzen, aber ihr Beitrag für die Aufnahme der Flüchtlinge in unseren Städten und Gemeinden kann nicht hoch genug bewertet werden und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn gelebte Integration funktioniert nur durch aktive Einbindung der zu integrierenden Flüchtlinge in die örtlichen Strukturen, durch das Vertrautmachen mit unseren Vorstellungen eines gelingenden Miteinanders und durch das An-die-Hand-Nehmen bei den ersten Schritten in ein völlig neues Lebensumfeld.

Das Förderprogramm Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe verfolgt das Ziel, alle hessischen Landkreise und kreisfreien Städte beim Aufbau von geeigneten ehrenamtlichen Strukturen, bei entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen, bei der Koordinierung unterschiedlicher Ansätze und Initiativen sowie bei Maßnahmen zur Anerkennung und Verstetigung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe zu unterstützen.

Das Programm soll die Lebenssituation von Flüchtlingen verbessern und die Entwicklung und Erprobung unterschiedlicher Wege zur Förderung des Zusammenlebens vor Ort unterstützen. Im Zusammenwirken der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure auf der kommunalen Ebene soll zu einer Aufnahme- und Integrationskultur beigetragen werden, in der es ermöglicht wird, dass Flüchtlinge sich mit ihren Talenten und Fähigkeiten einbringen und zu einem aktiven Teil des gesellschaftlichen Miteinanders werden können. Gleichzeitig sollen durch das Programm die gesellschaftliche Anerkennung für das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe gestärkt und die Bereitschaft für weiteres Engagement gefördert werden.

Das Land Hessen – vertreten durch die Hessische Staatskanzlei – stellt im Rahmen der Kampagne „Gemeinsam aktiv - Bürgerengagement in Hessen“ den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten jeweils einen Betrag von 30.000,00 Euro zur Verfügung, um sie bei den o. a. Koordinations- und Qualifizierungsaufgaben, dem Aufbau von entsprechenden ehrenamtlichen Strukturen sowie Anerkennungsmaßnahmen zu unterstützen.

Der jeweilige Landkreis/die jeweilige kreisfreie Stadt sind im Rahmen dieses Förderprogramms Bewilligungsbehörde. Richtlinien zur Umsetzung des Förderprogramms „Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe“ geben die beigefügten Hinweise zur haushaltsmäßigen Abwicklung der Zuwendung der Hessischen Staatskanzlei. Sie sind unbedingt zu beachten.

2. Antragsberechtigt

Antragsberechtigt sind Initiativen, Vereine, Verbände, Organisationen und Institutionen in ihren jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städte als auch die Städte und Gemeinden in den Landkreisen. Ebenfalls können die Landkreise/kreisfreien Städte Projekte oder Maßnahmen nach Ziffer 3 aus ihrem Budget finanzieren.

3. Folgende Projekte können finanziert werden:

- A) Auf- oder Ausbau lokaler Bündnisse für Flüchtlingshilfe; bereits bestehende Strukturen in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe können dabei berücksichtigt werden.
- B) Anschaffung von Arbeitsmitteln wie Flipcharts, Moderationskoffern etc.
- C) Ausrichtung von Dankes- und Anerkennungsveranstaltungen für ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe Tätige.
- D) Erarbeitung und Erstellung von Printprodukten wie Handreichungen und Informationsbroschüren sowie weitere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.
- E) Projekte und Maßnahmen zur Integration von geflüchteten Menschen mit Bleibeperspektive.
- F) Entwicklung, Aufbau und Betrieb eines eigenen Internetportals des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt zur Information, zum gegenseitigen Austausch und zur Vernetzung der haupt- und ehrenamtlichen Akteure sowie zur Koordinierung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe.

4. Antragsverfahren und Umfang der Förderung

Anträge werden mit dem beigefügten Antragsformular mit den erforderlichen Angaben sowie Anlagen (Projektbeschreibung, Kosten- und Finanzierungsplan) bei dem Landkreis bzw. der kreisfreien Stadt eingereicht.

Dem Förderprogramm entsprechende Projekte, wie unter Ziffer 3 beschrieben, können mit bis zu 5.000,- Euro gefördert werden, bis das jeweilige Kontingent des Landkreises/der kreisfreien Stadt in Höhe von 30.000,- Euro aufgebraucht ist. Für Projekte, die unter Ziffer 3.F) fallen, kann diese Höchstgrenze überschritten werden.

5. Bewilligungsverfahren und Verwendungsnachweis

Das Bewilligungsverfahren wird vom Landkreis/kreisfreien Stadt durchgeführt. Die Bewilligung einer Zuwendung erfolgt nach Maßgabe der §§ 23 und 44 LHO sowie den Vorläufigen Verwaltungsvorschriften (VV) und den Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P). Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

Dem bewilligenden Landkreis/der bewilligenden kreisfreien Stadt ist nach Beendigung des Projekts/der Maßnahme ein Verwendungsnachweis vorzulegen.

6. Bekanntmachung und Geltungsdauer

Das Förderprogramm wird den Landkreisen und den kreisfreien Städten durch Schreiben des Chefs der Staatskanzlei an die Vorsitzenden der Kreisausschüsse und Magistrate sowie durch Veröffentlichung auf der Internetseite der Ehrenamtskampagne des Landes Hessens (www.gemeinsam-aktiv.de) bekannt gegeben. Die für das Förderprogramm vorgesehenen Mittel stehen zunächst bis zum Ende des Haushaltsjahres 2017 zur Verfügung.